
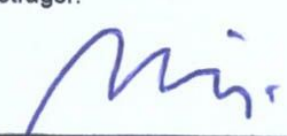
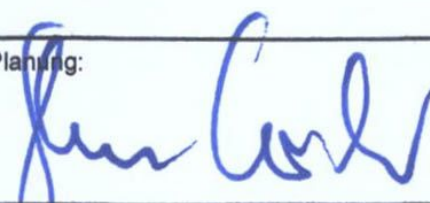


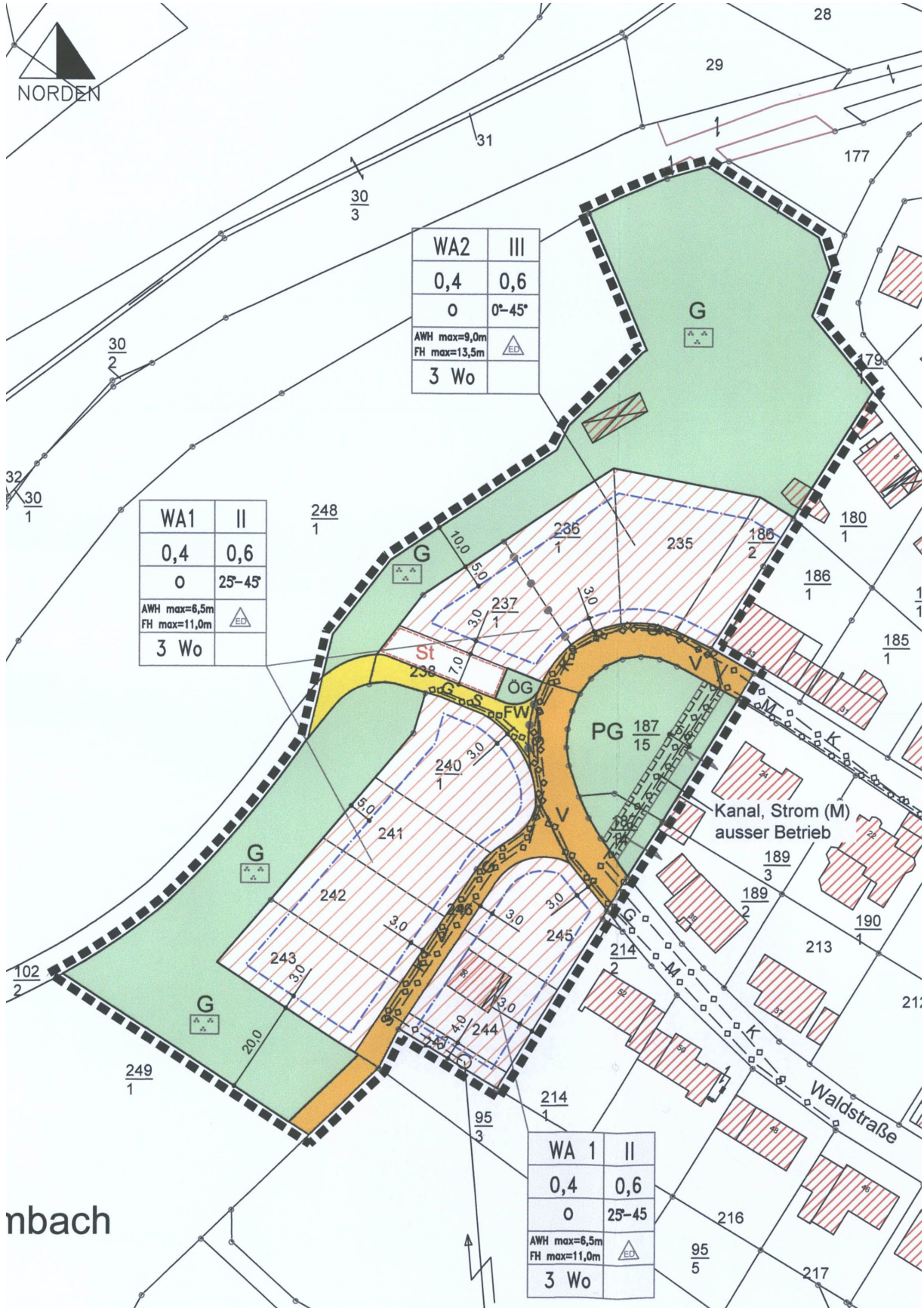
# 1. vereinfachte Bebauungsplanänderung der Gemeinde Hohenstein

## MIT INTEGRIERTEM GRÜNORDNUNGSPLAN

### Ortsteil Strinz-Margarethä

### Für das Gebiet "Waldstraße"

<p><b>SLE-CONSULT</b> Dipl.-Ing. Egon Köhler</p>  <p style="text-align: center;">Stadtplanung Landschaftsplanung Erschliessung</p> <p><small>Rudolf-Dietz Strasse 13, 65520 Bad Camberg, Tel.: 06434-900400, Fax.: 06434-900403, E-Mail: mail@sle-consult.de</small></p>	<p>Planungsträger:</p> <p style="text-align: center;"><b>Gemeinde Hohenstein</b> Schwalbacher Straße 1 65329 Hohenstein</p>		
<p>Projektbezeichnung: 1. vereinfachte Bebauungsplanänderung für den Bereich <b>"Waldstraße"</b> Ortsteil Strinz-Margarethä</p>			
<p>Planbezeichnung: <b>Bebauungsplan</b></p>	<p>Planungsstand: <b>Rechtsplan</b></p>		
<p>Planungsträger:</p> 	<p>Planung:</p> 		
<p>Maßstab: <b>1:1000</b></p>	<p>Plan-Nr.: <b>1</b></p>	<p>Erstellungsdatum: <b>18.11.2011</b></p>	
<p>Bearbeitung: H.K.</p>		<p>Zeichner: M.W.</p>	



WA2	III
0,4	0,6
0	0°-45°
AWH max=9,0m FH max=13,5m	
3	Wo

WA1	II
0,4	0,6
0	25°-45°
AWH max=6,5m FH max=11,0m	
3	Wo

WA 1	II
0,4	0,6
0	25°-45°
AWH max=6,5m FH max=11,0m	
3	Wo

nbach

Kanal, Strom (M)  
ausser Betrieb

Waldstraße



# ZEICHENERKLÄRUNG

## Bestand

z.B.: Fl. 47

Flurnummer

z.B.: 177

Flurstücksnummer



Flurstücksgrenze



Bauliche Anlage

## Hinweise



Parzellierungsvorschlag



gewünschte Grundstücksvereinigung

## Festsetzungen



Grenze des räumlichen Geltungsbereiches  
[§ 9 (7) BauGB]



Baugrenze [§ 23 (1) und (3) BauNVO]



Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

WA1	II
0,4	0,6
0	25°-45°
AWH max=6,5m FH max=11,0m	
3 Wo	

Art der baulichen Nutzung	Zahl der Vollgeschosse [§§ 16, 17 und 20 BauNVO]
Grundflächenzahl [§§ 16, 17 und 19 BauNVO]	Geschoßflächenzahl [§§ 16, 17 und 20 BauNVO]
Bauweise [§ 22 (2) BauNVO]	Dachneigung
Höchstgrenze der Außenwandhöhe Höchstgrenze der Firsthöhe [§16 (2) 4 und §18 (1) BauNVO]	Einzel- und Doppelhäuser zu- lässig [§9 (1) 2 BauNVO] i.V.m. § 22 BauNVO]
Beschränkung der Zahl der Wohnungen [§ 9 (1) 6 BauGB]	

Mm=400m<sup>2</sup>

Mindestmaß eines Baugrundstückes nach  
[§ 9 (1) 3 BauGB i. V. m. § 2 (2) 1 PlanzV'90]



Allgemeines Wohngebiet



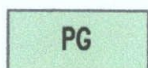
Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung  
[§ 9 (1) 11 BauGB] hier: Verkehrsberuhigter Bereich



Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung  
[§ 9 (1) 11 BauGB] hier: Forstwirtschaftsweg



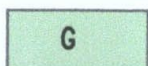
Gemeinschaftsanlagen  
Stellplätze und Garagen [§ 9 (1) 22 BauGB]



private Grünfläche [§ 9 (1) 15 BauGB] Eigentümergeärten

ÖG

öffentliche Grünfläche [§ 9 (1) 15 BauGB]



Grünfläche [§ 9 (1) 15 BauGB] Zweckbestimmung: Park



Park



Mit Geh-,Fahr- und Leitungsrecht  
zu belastende Fläche [§ 9 (1) 21 BauGB]



nachrichtliche Übernahme  
unterirdische Leitung Kanal (K)



unterirdische 20-kV-Mittelspannungskabel (M)



unterirdische Leitung Gas (G)

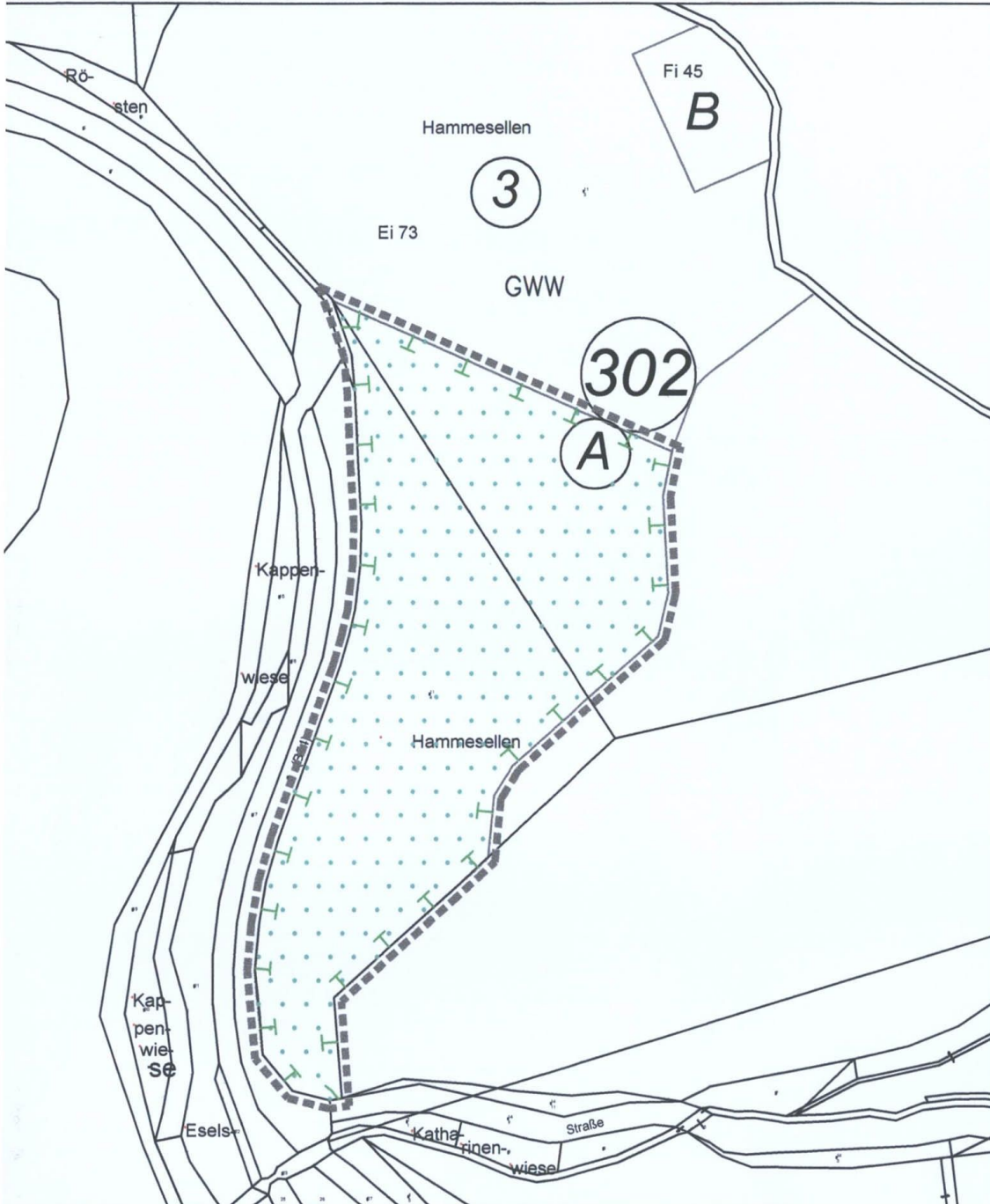


unterirdische Leitung Strom (S)

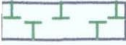

**Vorgaben für externe Flächen und Maßnahmen  
zum Ausgleich der vorbereiteten Eingriffe**

Flächen für den Ausgleich— bzw. Ersatzmaßnahmen  
gemäß § 9 (1) 20 i. V. m. § 9 (1) 18b BauGB werden nachstehende  
Ersatzsetzungen getroffen:

**Ausgleichsfläche:**  
Gemeinde Hohenstein, Gemarkung Holzhausen "Hammesellen", Gemeinwaldabteilung 302 A teilweise  
Flurstück 12, Flurstück 11/4 und 11/3 tlw.  
Gesamt: 46.365 m<sup>2</sup>  
Maßstab: 1 : 4000



**LEGENDE**

- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches
-  Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft [§ 9 (1) 20 BauGB]
-  Wald § 9 (1) 18b BauGB

## Maßnahmen gemäß § 9 (1) 20 BauGB

1. Eine forstliche Nutzung oder Pflege findet mit sofortiger Wirkung nicht mehr statt. Ausgenommen hiervon bleiben eventuell erforderliche, einzelbaumweise, Verkehrssicherungsmaßnahmen entlang der Wege und Straßen, die die Maßnahmenflächen äußerlich begrenzen oder im Zuge des ausgeschilderten Aartal-Höhenweges.
2. Das Befahren der Maßnahmenflächen auf Rückwegen ist dem Jagdpächter oder seinen Vertretern durch die Gemeinde zu untersagen.

### Zuordnung von Eingriff und Ausgleich

Gemäß § 1a BauGB und § 9 Abs. 1 BauGB wird in Verbindung mit den getroffenen Festsetzungen nach § 9 (1) 20 BauGB nachfolgende Zuordnung getroffen:

A. Für den privaten Eingriff durch max. mögliche Bebauung und Versiegelung auf der Baufläche WA wird als Ausgleich zugeordnet:

1. Die Ausgleichsfläche Gemarkung Holzhausen Flur 12, Flurstücke 11/3 tw., 11/4 tw. (Waldabteilung 302 A 3 tw.), mit insgesamt 80 % Anteil (37.092 m<sup>2</sup>).

B. Öffentlicher Eingriff

1. Die Ausgleichsfläche Gemarkung Holzhausen, Flur 12, Flurstücke 11/3 tw., 11/4 tw., (Waldabteilung 302 A tw.) mit einem Flächenanteil von 20 % (9.273 m<sup>2</sup>).

<b>Flächendisposition (ca. Angaben)</b>	
<b>Gesamtfläche</b>	<b>= 13.873 m<sup>2</sup></b>
<b>Baufläche WA</b>	<b>= 5.399 m<sup>2</sup></b>
bebaubar gem. GRZ 0,4	= 2.159 m <sup>2</sup>
Gartenfläche	= 3.240 m <sup>2</sup>
Anzahl der Bauplätze = 9 Stck.	
<b>Verkehrsfläche</b>	<b>= 1.573 m<sup>2</sup></b>
Straße	= 1.251 m <sup>2</sup>
Forstwirtschaftsweg	= .156 m <sup>2</sup>
Stellplätze	= .166 m <sup>2</sup>
<b>Grünflächen</b>	<b>= 6.901 m<sup>2</sup></b>
ÖG Öffentliche Grünfläche Park	= 5.870 m <sup>2</sup>
PG private Grünfläche	= .988 m <sup>2</sup>
ÖG Öffentliche Grünfläche	= . 43 m <sup>2</sup>



A. Bauplanungsrechtliche Festsetzungen gem. § 9 (1) BauGB  
i. V. m. BauNVO

1. Art und Maß der baulichen Nutzung § 9 (1), Nr. 1 und 2 BauGB  
i. V. m. § 16 BauNVO

Nutzungsschablone für das Allgemeine Wohngebiet

Art der baulichen Nutzung	Maß der baulichen Nutzung			Nutzungeinschränkungen
	§ 16 BauNVO			
	§ 19	§ 20	§ 20	
Zulässige Nutzungen gemäß BauNVO in der Fassung vom 23.01.1990	Grundflächenzahl	Geschoßflächenzahl	Zahl der Vollgeschosse	Bauweise § 9 (1) 2 BauGB i.V.m. § 22 (2) BauNVO
	GRZ	GFZ	Z	
WA 1 Allgemeines Wohngebiet WA § 4 BauNVO	0,4	0,6	II	o
WA 2 Allgemeines Wohngebiet WA § 4 BauNVO	0,4	0,6	III	o

Sonstige nicht störende Gewerbe werden gem. § 4 (3) 2 BauNVO ausnahmsweise zugelassen.  
Die übrigen nach § 4 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen (Behbergungsgewerbe, Verwaltungen, Gartenbetriebe, Tankstellen) sind insgesamt ausgeschlossen.

2. Höhenlage der baulichen Anlage [§ 9 (1) Nr. 1 BauGB i. V. m. § 16 (2) sowie § 18 (1) BauNVO]

Es gelten die nachfolgenden Höhenbeschränkungen:

	WA1	WA2
- maximal zulässige Außenwandhöhe	AWHmax = 6,50m	9,00m
- maximal zulässige Firsthöhe	FHmax = 11,00m	13,50m

Als maximal zulässige Außenwandhöhe gilt das Maß vom Höhenbezugspunkt bis zur Schnittkante der Außenwand mit der Dachhaut.

Als maximal zulässige Firsthöhe gilt das Maß vom Höhenbezugspunkt bis zum höchsten Punkt der Oberkante Dachhaut. Schornsteine und Antennen bleiben hierbei unberücksichtigt.

Höhenbezugspunkt für WA1:

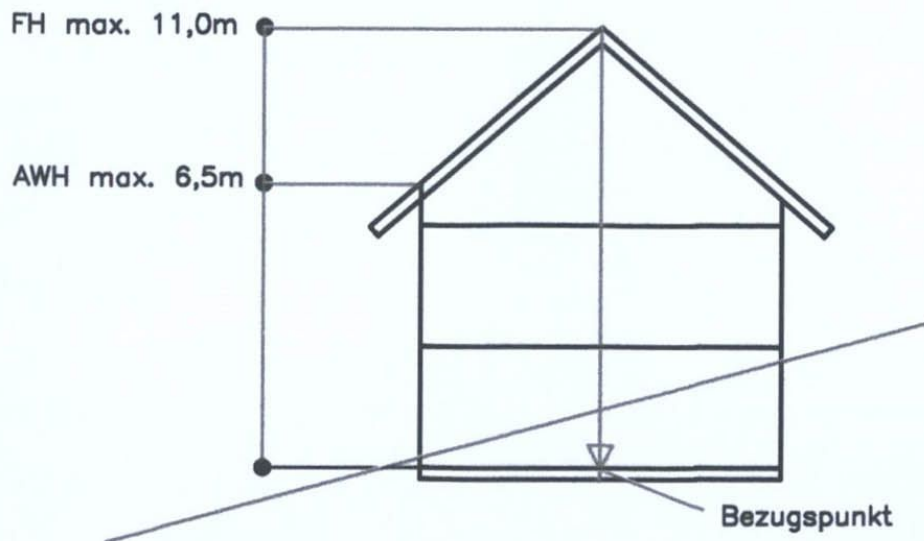
Höhenbezugspunkt ist die Oberkante Rohfußboden des Keller- bzw. Untergeschosses

Höhenbezugspunkt für WA2:

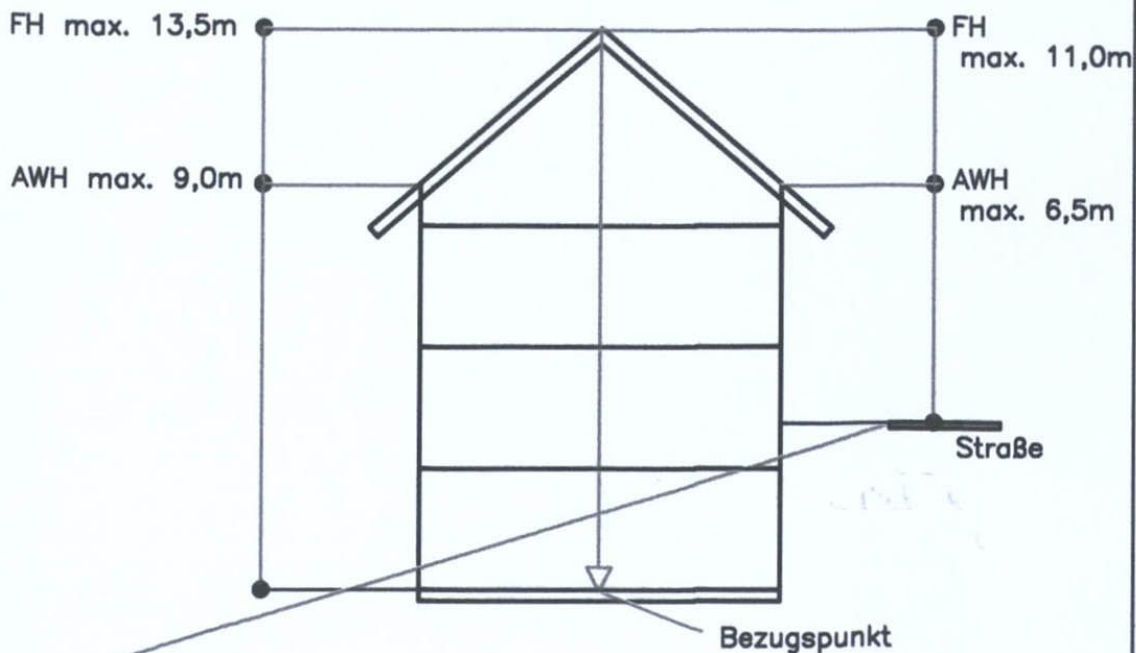
Im WA2 darf die max. zulässige Höhe unabhängig von der Festlegung des o. g. Abschnitts nachfolgende Maße über dem mittleren vor dem Gebäude anstehenden Straßenniveau nicht überschreiten:

- maximal zulässige Außenwandhöhe	AWHmax = 6,50m
- maximal zulässige Firsthöhe	FHmax = 11,00m

### Skizze WA1



### Skizze WA2



### 3. Zulässigkeit von Einzel- und Doppelhäusern

Es sind Einzel- und Doppelhäuser zulässig [§ 9 (1) Nr. 2 BauGB i. V. m. § 22 (2) BauNVO]. Bei Errichtung einer Doppelhaushälfte auf der Grundstücksgrenze wird die Eintragung einer Anbaubaulast auf dem Nachbargrundstück erforderlich.

### 4. Größe der Baugrundstücke § 9 (1) Nr. 3 BauGB

Zur Sicherung der angestrebten Baustruktur darf die Größe der Baugrundstücke folgende Mindestwerte nicht unterschreiten:

Minimum
400 m <sup>2</sup>



## 5. Beschränkung der Wohnungszahl § 9 (1) Nr. 6 BauGB

Es dürfen pro Wohngebäude maximal 3 Wohnungen errichtet werden.

## 6. Festsetzungen für den Geltungsbereich gem. § 9 (1) Nr. 20 und 25 a und b BauGB

### 6.1. Umfang und Grad der Versiegelung der nicht durch Gebäude überstellten Grundstücksfläche.

Die Grundstückszufahrten und -zuwege sowie Stellplätze dürfen im Sinne der Eingriffsminimierung nur im unbedingt erforderlichen Umfang befestigt werden. Für die befestigten Teile der Grundstücksfreiflächen ist das anfallende Niederschlagswasser breitflächig zu versickern. Es sind ausschließlich teilversiegelnde Deck- und Tragschichten (Abflußbeiwert  $\leq 0,5$ ) zulässig.

### 6.2. Nicht versiegelte Grundstücksflächen

- a) Die nicht versiegelten Grundstücksfreiflächen sind gärtnerisch oder naturnah anzulegen.

### 6.3. Pflanzgebote und Pflanzbindungen und Pflanzenerhaltung einschließlich Maßnahmen zur Entwicklung und Erhaltung

- a) Auf mindestens 20 % der Grundstücksfreifläche sind standorttypische Gehölze anzupflanzen. Hierbei ist je angefangener 200 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche ein standortheimischer Laubbaum zu pflanzen. Davon ist min. ein Baum im Vorgartenbereich, zur Straße hin anzupflanzen.

- b) Für die angrenzenden Baugrundstücke ist eine private Grünfläche (PG) Eigentümergeärten festgesetzt. Zufahrten und Zuwegungen für die angrenzenden Baugrundstücke sind im erforderlichen Maße zulässig.

Weiterhin sind zweckdienliche Anlagen wie Gartenwege, -plätze, Geräte- und Gartenhütten bis max. 30 m<sup>2</sup>, Teiche etc. zulässig.

Baumpflanzungen sind auf einer max. Höhe von 10 m zu halten um negative Beschattungswirkungen auf umliegende Wohnbaugrundstücke zu vermeiden.

- c) Auf der Grünfläche G ist ein baumreicher, naturbelassener Park zu entwickeln bzw. zu erhalten.

- d) Die Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern sollte nach Maßgabe der Artenverwendungsliste des Bebauungsplanes erfolgen (Empfehlung). Diese ist als Anhang an die Begründung beigefügt. Alle neu zu pflanzenden Gehölze sind dauerhaft zu unterhalten und bei Abgang zu ersetzen.

### 6.4. Solarenergieanlagen

Solarenergieanlagen (solarthermische und photovoltaische Anlagen) sind zugelassen.

## B. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen nach § 9 (4) BauGB i. V. m. § 81 HBO

### 1. Bauform

#### 1.1 Dächer

##### WA 1

- Es sind Sattel-, Walm- oder Krüppelwalmdächer sowie hieraus abgeleitete Dachformen mit einer Neigung von 25° - 45° zulässig. Pult und Zeltdächer sind nicht zulässig.

Für Garagen und untergeordnete Bauteile sind auch Flachdächer zulässig. Diese sollten begrünt werden.



- Glänzende oder reflektierende Materialien sind mit Ausnahme von Solaranlagen für die Dacheindeckung unzulässig.
- Dachdeckungsmaterialien sind nur in der Farbe schwarz, schiefergrau, braun und rot zulässig.
- Dachgauben sind mit einer Breite bis max. 2,50 m zulässig. Sie dürfen weder die Firstlinie noch die Traufe unterbrechen. Ein Abstand zu den Ortsgängen von mindestens 1,50 m ist einzuhalten
- Dachflächenfenster und Gauben dürfen in ihrer Summe max. 1/3 der Trauflänge der zugehörigen Dachfläche betragen.
- Pro Wohnung ist maximal eine Parabolantenne zulässig.

#### WA 2

- Es sind Sattel-, Walm- oder Krüppelwalmdächer sowie hieraus abgeleitete Dachformen mit einer Neigung von 0° - 45° zulässig. Pult- und Flachdächer sind zugelassen. Zeltdächer sind nicht zulässig. Für Garagen und untergeordnete Bauteile sind auch Flachdächer zulässig. Diese sollten begrünt werden.
- Glänzende oder reflektierende Materialien sind mit Ausnahme von Solaranlagen für die Dacheindeckung unzulässig.
- Dachdeckungsmaterialien sind nur in der Farbe schwarz, schiefergrau, braun und rot zulässig.
- Dachgauben sind mit einer Breite bis max. 2,50 m zulässig. Sie dürfen weder die Firstlinie noch die Traufe unterbrechen. Ein Abstand zu den Ortsgängen von mindestens 1,50 m ist einzuhalten
- Dachflächenfenster und Gauben dürfen in ihrer Summe max. 1/3 der Trauflänge der zugehörigen Dachfläche betragen.
- Pro Wohnung ist maximal eine Parabolantenne zulässig.

#### 1.2 Fassaden

- Unzulässig sind Fassadenverkleidungen aus Sichtbeton, Kunststoff, glänzende /reflektierende Materialien und Keramikplatten sowie abgetönte oder verspiegelte Verglasungen.

## 2. Gestaltung der Grundstücksfreiflächen

Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig. Ihre max. Größe ist auf 0,5 m<sup>2</sup> (Höhe x Breite) begrenzt.

Gebäudeteile unterhalb Oberkante Rohfussboden (Fundamente) sind Niveaugleich mit Boden anzudecken.

Die Vorgartenbereiche sind, sofern sie nicht für notwendige Zufahrten und Stellplätze Straßenmäßig zu befestigen sind, gärtnerisch anzulegen. Die übrigen Grundstücksfreiflächen sind als Gärten und Grünflächen anzulegen. Einfriedungen in Form von Zäunen sind im Vorgartenbereich bis zu einer max. Höhe von 1,25 m einschl. Sockel zulässig. Je 200 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche ist ein hochstämmiger Baum anzupflanzen.

## C. Sonstige Vorschriften, Hinweise, Empfehlungen, nachrichtliche Übernahme

### 1. Denkmalschutz [§ 20 (3) HDSchG]

Bei Erdarbeiten können jederzeit Bodendenkmäler wie Mauern, Steinsetzungen Bodenverfärbungen und Fundgegenstände, z.B. Scherben, Steingeräte, Skelettreste entdeckt werden. Diese sind nach § 20 HDSchG unverzüglich dem Landesamt für Denkmalpflege, Archäologische Denkmalpflege, oder der Unteren Denkmalschutzbehörde zu melden; Funde und Fundstellen sind in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise bis zu einer Entscheidung zu schützen.



## 2. Verlegung von Leitungen

Bei Planung und Durchführung von unterirdischen Ver- und Entsorgungsleitungen sind zu geplanten Baumstandorten die Mindestabstände und Vorschriften gemäß DVGW-Regelwerk zu beachten.

## 3. Abfallwirtschaft

Um das Abfallaufkommen zu reduzieren, wird für das gesamte Baugebiet empfohlen, eine Eigenkompostierung organische Abfälle durchzuführen.

## 4. Anlagen zur Sammlung und Verwendung von Niederschlagswasser

Das anfallende Niederschlagswasser der Dachflächen (einschließlich Dach-einschnitte) ist über ein getrenntes Leitungsnetz in auf den Grundstücken zu errichtenden Zisternen zu leiten.

Das überschüssige Wasser aus den Zisternen muß auf dem Grundstück versickert werden.

Es ist außerdem zu beachten, dass der Flurabstand zum höchsten natürlichen Grundwasserstand mindestens 1,50 m betragen muss und das Niederschlagswasser nicht schädlich verunreinigt ist. Die entsprechenden Bedingungen des Wasserhaushaltsgesetzes bzw. des Hessischen Wassergesetzes sind zu beachten. Die Art der Versickerung ist im Bauantrag nachzuweisen.

Bei Baugenehmigungsfreien Vorhaben (§ 55 HBO) ist dieser Nachweis in den erforderlichen Bauvorlagen, die bei der Gemeinde einzureichen sind, zu erbringen.

Das Rückhaltefassungsvermögen der Zisternen sollte mindestens 30 l/qm horizontal projizierte Dachfläche, jedoch mindestens 3,0 cbm betragen. Die Entnahme von Brauchwasser (z.B. zur Gartenbewässerung, Toilettenspülung etc.) ist zulässig und erwünscht.

Sämtliches auf den Grundstücken anfallende Niederschlagswasser ist als Brauchwasser zu verwenden oder zu versickern. In das öffentliche Kanalsystem kann ausschliesslich Schmutzwasser eingeleitet werden.

## 5. Stellplätze

Der Errichtung von Stellplätzen auf den Baugrundstücken hat gem. Stellplatzsatzung der Gemeinde Hohenstein zu erfolgen.

Hiernach hat die Zahl der Stellplätze für Kraftfahrzeuge zu betragen bei

Einfamilienhäuser:	2 Stellplätze je Wohnung
Mehrfamilienhäuser:	1,5 Stellplätze je Wohnung

## Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316), geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 24. Dezember 2008 (BGBl. I S. 3018), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585).

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke

(BauNutzungsverordnung – BauNVO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132) zuletzt geändert durch Art. 3 des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 486).

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1990 – PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58).

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542 m. W. v. 01. März 2010).

Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) vom 12. Februar 1999 i. d. F. vom 24. Februar (BGBl. I S. 94 m. w. v. 01. März 2010).



Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542 m. W. v. 01. März 2010).

Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) vom 12. Februar 1999 i. d. F. vom 24. Februar (BGBl. I S. 94 m. w. v. 01. März 2010).

Hessische Bauordnung (HBO) i. d. F. vom 18. Juni 2002 (GVBl. I S. 274), geändert durch Gesetz vom 20. Juni 2005 (GVBl. I S. 434), geändert durch Gesetz 28. September 2005 (GVBL, Nr. 23, S. 662), geändert durch Gesetz vom 06. September 2007 (GVBl. I S. 548), geändert durch Gesetz vom 10. Dezember 2009 (GVBl. I S. 631, 632), geändert durch Gesetz vom 15. Dezember 2009 (GVBl. I S. 716, 721), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. November 2010 (GVBl. I S. 429).

Hessisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (HAGBNatSchG) i. d. F. vom 28. Dezember 2010 (GVBl. I S. 629).

Hessische Gemeindeordnung (HGO) i. d. F. vom 1. April 2005, geändert durch Art. 2 Änderung vom 15. November 2007 (GVBL I S. 757)


Verkündungsstand 20. Februar 2009, in Kraft ab 29. November 2007 (GVBL I S. 142, GVBL II S. 331–1), zuletzt geändert am 24. März 2010 (GVBl I S. 119).

Hessisches Wassergesetz (HWG) vom 6. Mai 2005 (GVBl. I S. 305), geändert am 19. November 2007 (GVBl. I S. 792), geändert 4. März 2010 (GVBl. I S. 85), zuletzt geändert am 14. Dezember 2010 (GVBl. I 2010 Nr. 23 S. 548 ff.) in Kraft getreten 24.12.2010.

Gesetz zum Schutze der Kulturdenkmäler (Denkmalschutzgesetz – DSchG) vom 23. September 1974 (GVBl. I S. 450) i. d. F. vom 5. September 1986 (GVBl. I S. 262, 270), geändert durch Artikel 24 des Gesetzes vom 31. Oktober 2001 (GVBl. I S. 434), geändert durch Gesetz vom 06. September 2007 (GVBl. I S. 548), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. März 2010 (GVBl. I S. 72, 80).

Hessisches Nachbarrechtsgesetz (NachbG) vom 24. September 1962 (GVBl. I S. 417), zuletzt geändert am 25. September 1990 (GVBl. I S. 563), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Dezember 2009 (GVBl. I S. 631).

Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 31. Juli 2009 (GVBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. August 2010 (BGBl. I S. 1163).

Verfahrensschritte:	Datum
1. Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit [§ 13 BauGB]	22.09.2011 bis 20.10.2011
2. Beteiligung der berührten Behörden [§ 13 BauGB]	22.09.2011 bis 20.10.2011
3. Wertung der Anregungen	14.11.2011
4. Satzungsbeschluss gem. [§ 10 (1) BauGB]	14.11.2011
Ausgefertigt:	
<p>Hohenstein, den <b>07.12.2011</b></p>  <p>H.-J. Finkler Bürgermeister</p>	
<p>5. Ortsübliche Bekanntmachung der 1. vereinfachten Bebauungsplanänderung und Inkrafttreten [§ 10 (3) BauGB]. Der Beschluss der 1. vereinfachten Bebauungsplanänderung durch die Gemeindevertretung wurde am 23.11.2011 ortsüblich öffentlich bekanntgemacht. Der Vorstand der Gemeinde Hohenstein</p> <p>Hohenstein, den <b>07.12.2011</b></p>  <p>H.-J. Finkler Bürgermeister</p>	